

„Löschung der Daten war rechtswidrig“

Datenschutzbeauftragter kritisiert Geheimdienst

Erfurt. (elo) Thüringens Datenschutzbeauftragter Lutz Hasse wirft dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) bei der Löschung von personenbezogenen Daten, die unter anderem Material über die rechts-extreme Szene enthielten, Rechtsbruch vor.

Alle im Thüringer Archivgesetz genannten Behörden, also auch das TLfV, seien verpflichtet, sämtliche Unterlagen vor der Löschung dem Staatsarchiv zur Übernahme anzubieten. „Nur dort wird darüber entschieden, welche dieser Unterlagen nicht archivwürdig sind und

mithin gelöscht werden können“, so Hasse. Das TLfV räume indes ein, diese Rechtslage zu ignorieren und rechtswidrigerweise die Unterlagen zu löschen und gelöscht zu haben.

Das Verfassungsschutzgesetz führe kein Eremitendasein, sondern stehe im Kontext zu anderen Gesetzen, betonte der Datenschützer. Und so gebe es auch überhaupt keinen Zweifel daran, dass das TLfV auch der Geheimhaltung unterliegende Unterlagen dem Staatsarchiv vor deren Löschung anzubieten habe.

Hasse hat sich auch in die jüngste Polizei-Affäre eingeschaltet. Dabei geht es um die Verletzung der Rechte von Landtagsabgeordneten und Journalisten. Seine Behörde werde die umstrittenen Ermittlungen prüfen, sagte er dem MDR. Bei internen Untersuchungen soll die Polizei auch E-Mail- und Facebook-Kontakte zu Landtagsabgeordneten und Journalisten ausgespäht haben (TLZ berichtete). Wenn es dazu keine detaillierte richterliche Anordnung gegeben habe, dann sei das ein Skandal, sagte Hasse.

Am Montag war bekanntge-

worden, dass Ermittler auf der Suche nach einem Leck in den eigenen Reihen bei der Überprüfung eines beschlagnahmten Handys eines verdächtigen Beamten auch auf die Nachricht einer Abgeordneten gestoßen waren. Hintergrund war die Weitergabe des Polizei-Einsatzplans für den Papstbesuch im September 2011.

Auf Antrag der Grünen beschäftigt sich heute der Landtag mit dem Fall. Ministerpräsidenten Christine Lieberknecht (CDU) kündigte einen Bericht der Landesregierung an.